

Wegen Covid-19: Parlament verabschiedet Schulgesetzänderungen

Auf den Kopf gestellt



Die Schüler haben sich mittlerweile an die Gestes barrières in den Schulen gewöhnt. Foto: Guy Jallay

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Die Covid-Krise hat den Schulalltag auf den Kopf gestellt. Seit Anfang Mai läuft der Schulbetrieb wieder, allerdings unter veränderten Bedingungen. Im Fondamental waren die Anpassungen ganz besonders weitreichend. Das Splitting der Schüler in zwei Gruppen erforderte die Bereitstellung von zusätzlichem Personal und zusätzlichen Räumlichkeiten.

Ob das Modell bis zum 15. Juli genau so weitergeführt oder angepasst wird, will Bildungsminister Claude Meisch (DP) Ende nächster Woche bekannt geben, wie er gestern im Parlament erklärte. Wissend, dass die Umsetzung des jetzigen Schulmodells die Gemeinden und Schulen Kraft und Nerven gekostet hat, versprach der Minister, dass die Anpassungen ohne großen Aufwand sein werden – sofern es denn welche geben wird.

Da dieses Jahr in den Schulen nichts so lief, wie es normalerweise läuft, musste die Gesetzgebung an die neue Situation angepasst werden. Gestern stimmte das Parlament über vier Gesetzesänderungen ab, die nötig waren, damit die Schüler das Schuljahr korrekt abschließen können.

Orientierung ins Secondaire

Die erste Gesetzesänderung bezog sich unter anderem auf die Orientierung am Ende der Grundschule. In diesem Jahr konnten die Schüler die Epreuves standardisées wegen der wochenlangen Schulschließung nicht zu Ende bringen. Deshalb findet die Orientierung ohne die Tests und nur auf Basis der Schülerleistungen während des Zyklus 4 statt. Eine andere Änderung betrifft die Berufseinsteiger. Sie haben ein Jahr Zeit, ihre Nachweise für den Erste-Hilfe- und den Rettungsschwimmerkurs einzureichen. Das gilt auch für den Beleg, dass sie unabhängig von ihrer Ausbildung Erfahrung mit Kindern oder Jugendlichen gesammelt haben, zum Beispiel als Trainer oder Animateur.

Das zweite Gesetz, das gestern verabschiedet wurde, organisiert den Unterricht und die Betreuung der Kinder in den A- und B-Gruppen. „Gleichzeitig übernimmt der Staat die Verantwortung für das gesamte Personal, das während der Unterrichtsstunden und während der Betreuungsstunden mit den Kindern arbeitet“, so Gilles Baum (DP), Berichterstatter der vier Gesetzestexte.

Berufsausbildung

Die Gesetzestexte 3 und 4 befassten sich mit den Schülern in der Berufsausbildung. Wie im Secondaire und im Fondamental haben auch sie einen Teil der Programme verpasst. Die Leistungsbewertung muss also angepasst werden. Die Schüler werden nur auf Modulen und Kompetenzen bewertet, die im Unterricht behandelt wurden, das heißt, sie erhalten eine Dispens auf nicht behandelten Inhalten. Das gilt auch für Praktika, die abgesagt oder abgebrochen wurden. Noten werden mit Hilfe einer Dreisatzrechnung ermittelt. CSV-Fraktionschefin Martine Hansen forderte, das Rechnungsmodell dürfe nicht zu einer Benachteiligung der Schüler führen.

Auszubildende, deren Lehrvertrag krisenbedingt aufgelöst oder gar nicht abgeschlossen wurde, haben bis zum Ende des Jahres Zeit, einen neuen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Normalerweise haben Lehrlinge sechs Wochen Zeit hierfür.

Die vier Gesetzestexte wurden in nur 100 Minuten durchgewunken und von der Opposition größtenteils mitgetragen. Die Oppositionsvertreter machten mehrfach darauf aufmerksam, dass ohnehin benachteiligte Schüler nicht noch weiter benachteiligt werden dürften. In diesem Zusammenhang forderten sie zusätzliche Hilfestellung und kostenlose Nachhilfe sowie eine Analyse der Schulprogramme, um zu verhindern, dass etwaige Wissenslücken den Schülern im kommenden Schuljahr das Genick brechen. Eine diesbezügliche Motion der CSV wurde von allen Parteien angenommen. Auch Claude Meisch sprach sich für die Motion aus.

Cours d'appui und cours d'accueil

Die ADR hob sich mit ihrer Position von den Oppositionsparteien ab. Ihr Sprecher Fernand Kartheiser erinnerte daran, dass man den Familien lieber die Wahl zwischen Schule und Homeschooling gelassen hätte. Er bemängelte auch, dass ausgerechnet für benachteiligte Kinder wichtige Kurse – cours d'appui und cours d'accueil – dem jetzigen Schulmodell in weiten Teilen zum Opfer gefallen seien. „Diese Dinge fehlen, insofern ist die Rentrée, die uns als Maßnahme der sozialen Gerechtigkeit verkauft wurde, in der Realität eine Reduzierung von Möglichkeiten vieler Kinder, Unterstützung zu bekommen.“

Francine Closener (LSAP) meinte mit Blick auf das Infektionsgeschehen, es sei richtig gewesen, vorsichtig zu sein. Und Djuna Bernard (Déi Gréng) hob die gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Maisons relais hervor, die letzten Endes dafür gesorgt habe, dass die Rentrée gelingen konnte.

